

Antrag**der Abg. Alexander Salomon und Dr. Markus Rösler u. a. GRÜNE****Kommunalfinanzierung in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie hoch die jährlichen Mittel des Landes an die Kommunen in den Jahren 2018 bis 2024 waren (bitte nach Jahren aufschlüsseln), insbesondere die Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs;
2. in welchem Verhältnis die im Landshaushalt veranschlagten Mittel für die Kommunen zu den Gesamtausgaben des Landshaushalts in den Jahren 2018 bis 2024 standen;
3. wie sich ausgehend von einem Wert 100 im Jahr 2018 die Einnahmesituationen der kommunalen Ebene und des Landes entwickelt haben (bitte als Grafik und in Zahlen) und was die wesentlichen Faktoren für die Veränderungen waren;
4. wie sich ausgehend von einem Wert 100 im Jahr 2018 die Ausgabesituationen der kommunalen Ebene und des Landes entwickelt haben (bitte als Grafik und in Zahlen) und was die wesentlichen Faktoren für die Veränderungen waren;
5. welche zentralen Herausforderungen der aktuellen Finanzsituation der Kommunen in Baden-Württemberg die Landesregierung identifiziert;
6. welche Gesetzesinitiativen, Verordnungen und Förderprogramme des Bundes bzw. des Landes in der laufenden Legislaturperiode zur Verbesserung der Lage der Städte und Gemeinden beigetragen haben und wie viel zusätzliche Mittel den Gebietskörperschaften dadurch zur Verfügung stehen – differenziert nach den jeweiligen Förderbereichen;
7. wie sich der Schuldenstand und die Finanzierungssalden der baden-württembergischen Kommunen seit 2018 entwickelt haben, im Ländervergleich und differenziert nach Städten, Gemeinden und Landkreisen;
8. wie die Landesregierung die Entwicklung des Kassenkreditvolumens in den kommunalen Haushalten Baden-Württembergs seit 2018 bewertet und welche Ursachen sie für diese Entwicklung sieht;
9. wie viele Kommunen in Baden-Württemberg seit 2018 Kassenkredite nutzen und in welcher Höhe (bitte nach Jahren und Kommunen aufschlüsseln);
10. wie die Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Kassenkrediten durch die Kommunen sind, ob die Landesregierung es als sinnvoll ansieht, dass Kassenkredite auch überjährig in Anspruch genommen und ausgegeben werden können und welche Schritte die Landesregierung ggf. zur Entbürokratisierung bei der Aufnahme von Kassenkrediten durch Gemeinden plant.

12.12.2025

Salomon, Dr. Rösler, Erikli, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Seimer GRÜNE

Begründung

Die Kommunen sind tragende Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge und übernehmen zentrale Aufgaben für das Gemeinwesen. Ihre finanzielle Ausstattung ist daher von entscheidender Bedeutung für ihre Handlungsfähigkeit.

Vor dem Hintergrund steigender Anforderungen und wachsender Aufgaben stehen viele Kommunen unter finanziellem Druck. Auch wenn die kommunale Finanzlage in Baden-Württemberg im Bundesvergleich vielfach als solide eingeschätzt wird, bestehen weiterhin Diskussionen über Umfang, Entwicklung und Ausgestaltung der finanziellen Unterstützung durch das Land. Dabei stellen sich unter anderem Fragen nach der Verteilung von Mitteln, der finanziellen Folgen von Aufgabenübertragungen sowie der Rolle spezifischer Förderprogramme.

Der Antrag soll zu einer transparenten Gesamtdarstellung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen beitragen. Ziel ist es, einen belastbaren Überblick über Umfang, Struktur und Entwicklung der finanziellen Leistungen des Landes an die kommunale Ebene zu gewinnen und damit eine fundierte Grundlage für den weiteren Austausch zwischen Land und Kommunen zu schaffen.